

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschiff  
Tageblatt Rieser,  
Gesamt Nr. 20,  
Vollschiff Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen beschlissenerlei bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1880,  
Strolacher  
Rieser Nr. 22.

Nr. 290.

Sonnabend, 18. Dezember 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und vorab zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschiff-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erstlich, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Der Kasper“ an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Sinnlose Grenzspähle.

Wenn Krieg, Friedensverträge und Nachkrieg den Völkern irgend eine Lehre geben könnten, so wäre es diese, daß mit der Vergebung von Grenzspählen, auf die sich die europäische „Neuordnung“ ja im wesentlichen beschränkt hat, den Völkern der Menschheit in keiner Weise abgeholfen wird. Allerdings: diese Einsicht kann nur dann heilsam wirken, wenn sie nicht zu dem Trugschluß mißbraucht wird: also müssen sämtliche Grenzspähle wieder in die alten Ufer, in denen sie anno soundso standen, zurückgeführt werden. Das würde zu weiter nichts führen, als den Menschen neue Wunden zu schaffen. Der einstige vernünftige Schluß, der zu ziehen wäre — ach, er wird wohl kaum gezogen werden! — wäre der, kümmerst dich nicht um diese zerräuperte angedrückene Symbole, laßt sie ruhig stehen und mache sie materiell unwirksam.

Bu einer solchen Betrachtung läßt man sich vor allem hier in Romo veranlaßt. Die ganze Politik Litauens dreht sich um eine solche Grenzspähfrage. Ein jeder Handstreich des polnischen Generals Heligowski, den die Warschauer Regierung für eine reine Privatangelegenheit erklärte, den sie aber später auf Staatskonto schrieb, hat den Litauern das Gebiet von Wilna entzogen. Wilna, nicht Romo, war ursprünglich dazu angedacht. Hauptstadt der Republik Litauen zu werden, weil es einstmals unter den Jagojlawen Hauptstadt des Herzogtums gewesen war. Dieser schöne historische Traum ist den Litauern zertrümmert worden, weil die Polen behaupten, daß sie auf ihren eigenen historischen Traum nicht verzichten können. Denn das Wilnagebiet ist für Polen eine Art heiliges Land. Ihr großer Nationaldichter Adam Mickiewicz hat dieses Gebiet in seinem Epos vom Jan Tadeusz verherrlicht. Wilnas Kirchen, deren man fast so viele zählt wie in Rom, enthalten nationale Heiligtümer. Für den Litauer wie für den Polen wäre es, als sollte er sich ein Stück Fleisch aus dem Leibe reißen, wenn er auf Wilna verzichten sollte. Man kann solche romantische Behauptungen sowohl in Romo wie in Warschau hören. Nur in Wilna denkt man etwas klüger darüber. Man empfindet dort nämlich vor allem die wirtschaftlichen Nachteile, die der polnische Handstreich für die große Stadt, die ihre natürlichen Verbindungen nach Litauen und zum Meer verloren hat, mit sich bringt. An der Grenze zwischen dem heute polnischen Wilnagebiet und zwischen Litauen erstreckt sich ein Handstreich, wie ihn Europa wohl sonst nicht aufzuweisen hat: ein Weizenland, in das die Menschen sich nicht getrauen, weil dort Recht und Gesetz aufgehört und nur die Militärverwaltung regiert. Der dieses Land betritt, es etwa durchzersetzt, um sich ins Nachbarland zu begeben, wird entweder von den Polen oder von den Litauern verhaftet. In die Schaffung eines modus vivendi ist leider von keiner Seite vorläufig zu denken. Die Litauer erklären Wilna für ihre Hauptstadt — sie können sie nur vorläufig nicht beziehen, die Polen wollen unter keinen Umständen aus Wilna weggehen. Das solcher Hartnäckigkeit gegenüber rationale Europa das durch den Mund der Vorkonferenzkonferenz den tatsächlichen Zustand, Wilna polnisch, bestätigt. In verschiedenen Mächten hat der Heilige Stuhl versucht, die beiden katholischen Mächte zu versöhnen. Es kam wohl auch zu Verhandlungen, aber sie wurden immer wieder abgebrochen. Der Desinteresse gegenüber wurde sogar von Romo und Warschau aus geleugnet, daß jemals den guten Willen zum Verhandeln gesetzt habe.

Eine Lösung dieses Konflikts erscheint unmöglich. Vielmehr — aber hinter dieses „Vielleicht“ gebietet eine ganze Reihe Fragezeichen — wird es einmal der wirtschaftlichen Vernunft gelingen, eine Zollunion zwischen Polen und Litauen zu schaffen. Zunächst werden dagegen in Romo die schwersten Bedenken erhoben. Man fürchtet, von den Polen „aufgefressen“ zu werden. Litauische Sprache und Kultur, so mühsam geschaffen, würden bei einer solchen Union, meint man, untergehen. Das ist eine unbegründete Furcht, wenn ein Volk sich selbst in der Hand hat, wenn es seine eigenen Schulen und den besten Willen hat, seine Sprache zu erhalten. Man sehe nur, wie die Flamen sich in Belgien halten, trotzdem sie in einem Staat mit den Wallonen leben, also in einer weit näheren Verbindung als in einer Zollunion.

Litauen kann seinen Krieg mit Polen führen. In einem Kriege würde den Litauern in der Tat die Gefahr des Aufgefressenwerden drohen. Von Polen könnten Vorkämpfer dafür geboten werden, daß die sprachliche und kulturelle Selbstständigkeit Litauens nicht bedroht würde. Das könnte sich auch auf das Wilnaer Gebiet erstrecken. Das würde dann ein Verbindungsland werden und die Grenzspähle, wenn sie auch stehen bleiben, würden nicht mehr sinnlos das Leben stören.

## Das neue französische Kabinett.

11 Paris, 18. Dezember. Um 2.30 Uhr früh, also 8.30 Uhr deutscher Zeit, ist das Ministerium Ciang endgültig gebildet worden.

In dem neuen Ministerium haben u. a. übernommen: Ministerpräsident und Kolonialminister: Steeg; Inneres: Sogues; Justiz: Cheron; Außenminister: Deland; Finanzen: Germain Martin; Krieg: Louis Barthelemy; Marine: Albert Sarraute; Öffentlicher Unterricht: Chantepie; Öffentliche Arbeiten: Daladier; nationale Wirtschaft (Handel und Industrie): Boncour; Luftfahrt: Viala.

## Eine neue deutsche Note gegen den Polenterror.

103. Berlin. Dem Völkerverbund ist am Freitag eine weitere Note der deutschen Reichsregierung durch den Generalkonsul Börsers in Genf überreicht worden, die weitere Material über die polnischen Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien enthält und somit das Gewicht der ersten deutschen Note über den polnischen Terror unterstreicht. Die Note wird sobald wie möglich wiederum der Öffentlichkeit übergeben werden. Bis dahin kann natürlich über ihren Inhalt nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden, aber inzwischen hat wiederum zahlreiche Fälle von Mißhandlungen Deutscher durch die polnischen Aufständischen unter Führung der Heibden vorgekommen, das anzunehmen ist, daß die Note auch auf diese Fälle hinweist.

In der Presse sind bereits in einzelnen Fällen der vorgekommenen Mißhandlungen mitgeteilt worden, aber wir möchten bei dieser Gelegenheit die einzelnen Fälle in die Erinnerung zurückrufen. Aus der Fülle dieses Materials kann kein anderes Los gezogen werden als das es sich für die Polen um eine systematische Entziehung und Unterdrückung des Denkens handelt. Dieser Beschluß ist umso berechtigter, als in allen Fällen eine völlige Passivität der polnischen Polizeibehörden festzustellen werden konnte. Im ganzen sind annähernd 200 Fälle von solchen Terrorakten vorgekommen, die erklärlicherweise nicht künstlich bekannt werden konnten, weil die betroffenen Deutschen eine Angstgeheimnis müssen, weil sie sonst der Rache der Polen besonders ausgesetzt sind.

Unter dem in der Presse bekanntgewordenen Fällen seien die folgenden hervor: Am 18. November wurde der Deutsche Raiba in Eichenau in seiner Wohnung von Aufständischen, die sich in Uniform bekleideten und von polnischen Eilenbeamten unterstützt wurden, mißhandelt; seine ihm zu Hilfe eilende Schwester wurde mit dem Gummiknüppel bearbeitet, dabei wurde das gesamte Haar material der Deutschen, das sich bei Raiba befand, geraubt. Um Raiba an einer Anzeige zu verhindern, wurde ihm gedroht, daß er für eine Anzeige wie ein Hund erschossen werden würde.

Am 15. November wurde der Deutsche Baingapl von Aufständischen schwer verletzt, und die Polizei verweigerte

der Witten seiner Frau und der ärztlichen Anordnung für die Lieberführung in ein Krankenhaus ihren Schutz.

Am 22. November wurde ein Kesselheizer Polisch in Eintrachshütte, der schwer kriegsbeschädigt und nur zu 50 Prozent erwerbsfähig ist, von einer Bande an seiner Wohnung auf die Straße geschleppt und verprügelt. So daß er zusammenbrach; auch in diesem Fall wurden Wafaffen geraubt.

Ein weiterer Fall betraf den Arbeiter Kaspritsch in Schwentochlowitz, der am 22. November von 40 Mann, die teilweise die Aufständischenuniform trugen, in seiner Wohnung überfallen und mit dem Gummiknüppel bearbeitet wurde; auch in diesem Falle wurden die Gegenstände in der Wohnung geraubt.

Am 28. November überfielen in Siemjanowitz 30 Aufständische den Arbeiter Schwies in Walsloka, holten ihn heraus und schlugen ihn mit Stöcken und Gummiknüppeln blutig; an diesem Ueberfall beteiligte sich der polnische Polizeibeamte Bobiec in der Aufständischenuniform. Die Polizei verweigerte dem Schwies bei seiner Anzeige die Aufnahme eines Protokolls.

Besonders Auffsehen hat ein Vorfall in Gloskowitz erregt, weil dort der polnische Postist Schnapla getötet worden ist. Der Fall ereignete sich dadurch, daß von auswärts gekommenen Aufständischen Ausschreitungen, begannen. Schnapla war zufällig dort und es hat ihn herausgeholt, daß er durch zwei übel berüchtigte Männer erschossen worden ist, die eine persönliche Rache an ihm übten. Der Tod von Schnapla steht also in keinem ursächlichen Zusammenhang mit den deutschen Beschwerden über polnische Gewalttaten. Trotzdem bemühen die Polen diesen Vorfall, um 48 Deutsche festzunehmen, und eine Nacht lang im Kesselheizer der Polizeiwache unterzubringen, wo sie sich nicht einmal legen oder essen durften.

Sogar noch nach der Raiba, am 20. November, wurde der 68jährige Tischlermeister Dohstl in Reitowitz auf Veranlassung des Polizeireferenten Palla aus einem Gasthause gezerrt, die Treppe hinuntergeworfen und auf der Straße so schwer mißhandelt, daß er zur Zeit noch in Lebensgefahr schwelgt.

## Militäraufstand in Jaca.

104. Madrid, 18. Dezember. Nachdem die Verbindung mit dem Ausland sowohl telephonisch als telegraphisch als auch durch Funk für die Presse auf Befehl der Regierung seit 10 Uhr unterbrochen war, ist die Telefonverbindung am späten Freitagabend wieder hergestellt worden. In den ersten Nachmittagsstunden gingen vier Gerüchte um von einer Erhebung der in der Grenzstadt Jaca in den Pyrenäen gelegenen Garnison, die nicht bestätigt werden konnten, da die Verbindung nach dort hin unterbrochen ist.

Nach Beendigung der Sitzung des Ministerrats wird in später Abendstunden amtlich bekanntgegeben, daß die Nachricht über die dortige Bewegung stimmt. Die Regierung habe aber noch immer keine ausführlichen Nachrichten vorgefunden.

Aus den in der Nähe von Jaca liegenden Garnisonen wird berichtet, daß es sich um ein isoliertes Unternehmen handelt. Die Regierung hat inzwischen zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie von Saragozza nach Jaca beordert, ebenso die gesamte in Quelca liegende Zivilgarde. Von Madrid ist ein Infanterieregiment nach Saragozza abtransportiert worden. Die Führung der Aufständischenbewegung liegt angeblich in den Händen des als Republikaner bekannten Oberleutnants Mangada. Man will wissen, daß sich der bekannte erst kürzlich aus dem Madrider Militärgeheimnis entwichene Fliegermajor Franco in der aufständischen Garnison, die über etwa 1800 Köpfe, aufgenommen aus Infanterie, Jägern und Artillerie, verfügt, befindet.

Die Wiedereinführung der Presszensur steht bevor. Die Regierung hofft jedoch, diese in etwa drei Tagen wieder aufheben zu können. Im übrigen Spanien scheint Ruhe zu herrschen. Madrid zeigt das gewöhnliche Bild. Die hinsichtlich der Presse getroffenen Maßnahmen, besonders das völlige Abschneiden vom Ausland während sechs

Stunden, zeigen die außerordentliche Nervosität der Regierung.

\* Madrid. Der Aufstand von Jaca scheint erkrankt haben zu haben, als man Anfang angenommen hat. Nach Meldungen aus Quelca ist das dortige Infanterieregiment, das gegen die Aufständischen eingesetzt wurde und unter Führung des aus den Marokkorkriegen bekannten Generals Dolla steht, zu den Aufständischen übergegangen. Der General und der Bischof von Jaca wurden von den Aufständischen als Geiseln verhaftet. Ein Hauptmann der Zivilgarde und ein Oberleutnant der Josttruppen wurden in Quelca erschossen. Die Verbindungen mit Saragozza sind unterbrochen. Man befürchtet Parakeilnehmungen in Wilna, Vittoria und Burgos. In republikanischen Kreisen rechnet man für Sonnabend mit dem Generalaufstand in ganz Spanien, wodurch die Unternehmung einen rein revolutionären Charakter erhalten würde. Die bekannten Führer der Linksparteien sind aus Madrid verschwunden. In die Aufständischenbewegung von Jaca sind als Führer die aus einer früheren Unternehmung bekannten Offiziere Galan und Rubio, die beide vier Jahre Gefangenschaft während der Diktatur abgeleitet haben, verwickelt.

## Nach die Zivilbevölkerung von Jaca am Aufstand beteiligt.

105. Paris. (Funknachricht.) Nach einer Meldung des Matin aus Bordeaux soll sich die Zivilbevölkerung von Jaca der aufständischen Garnison angeschlossen haben. Die Regierung hoffe, die Aufständischenbewegung innerhalb von 48 Stunden niederzuliegen zu können, sie habe Truppen aus Saragozza, Quelca und selbst aus Madrid nach dem Schauplatz der Aufstandes abkommandiert.

## Wirtschaftspartei fordert Zinsentungen.

106. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei ersucht in einem Antrag die Reichsregierung, im Benehmen mit den Ländern auf die Privatbanken, öffentlichen Kreditanstalten und Sparkassen usw. einzuwirken, daß in Anlehnung an den Diskontsatz der Reichsbank die Zins- und Provisionsätze für Weisgeld gesenkt werden. Weiter fordert die Wirtschaftspartei eine Senkung der Verzugszinsen bei Steuerzahlungen auf Reichsbankkonten.

Nach einem weiteren Antrag der Wirtschaftspartei soll auf die Finanzämter eingewirkt werden, daß die rückständigen, auf die Verzinsung mittelständischer Existenzen hinausgehenden Steuerentreibungen vermieden werden, und Teilzahlungen in höherem Maße gestattet werden.

## Abzug des französischen „Bahnzuges“ aus dem Saargebiet.

107. Saarbrücken. Der sogenannte Bahnzug hat gestern nachmittags 4 Uhr Saarbrücken und das Saargebiet verlassen. Ein starkes Schumannangebot hatte den Platz vor dem Bahnhof abgeperrt. Es wäre nicht nötig gewesen, da sich nur wenige hundert Neugierige eingefunden hatten. Neben den Herren und Damen der Bergwerksdirektion waren einige hundert in Saarbrücken anfangliche Franzosen zum Abschied auf dem Bahnsteig erschienen, außerdem die Herren der Regierungskoalition außer dem deutschen Minister, und die französischen Beamten der Regierung. Die etwa 250 Mann des Bahnzuges wurden in die Garnison ihres Regiments nach Metz befördert.